

Volksanwalt Mag. Ewald Stadler

ORF-Ausstrahlung „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“ vom 10.6.2006

Burgenland: Zuerkannte Landeskulturförderung muss ausbezahlt werden

Ein Konflikt um die Ausbezahlung der vom Landtag beschlossenen Landeskulturförderung für sommerliche Theateraufführungen auf der Burg Güssing stand diesmal im Mittelpunkt von „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“. Der „Burgverein Güssing“, der heuer Ferdinand Raimunds „Verschwender“ zur Aufführung bringt, hatte sich an Volksanwalt Mag. Ewald Stadler gewandt und beklagt, dass die vom Burgenländischen Landtag im Budgetvoranschlag 2005 vorgesehene Förderung in Höhe von mehr als € 43.000,- vom zuständigen Landesrat nachträglich halbiert und schließlich für 2006 gänzlich gestrichen worden sei. Die Wiederaufnahme der Förderung von Kulturaktivitäten des „Burgvereins“ durch das Land sei zudem an die Bedingung der Zusammenarbeit mit der Konkurrenz - der ebenfalls die Burg Güssing bespielenden „Kultursommer Güssing GmbH.“, die 2006 Shakespeares „Sommernachtstraum“ aufführt – geknüpft worden.

Volksanwalt Mag. Stadler kritisierte in diesem Zusammenhang, dass mit dieser Vorgangsweise das Vertrauen auf eine Förderung erweckt wurde, die schließlich erheblich reduziert und später überhaupt gestrichen wurde, obwohl bereits Investitionen getätigt worden waren. Dies stelle einen Missstand in der Verwaltung dar. Ehrenamtliche Kulturaktivitäten sollten generell gefördert und nicht behindert werden. Die Volksanwaltschaft fordere daher die Auszahlung der gesamten vom Burgenländischen Landtag dem „Burgverein“ zuerkannten Geldsumme ohne Zusatzbedingungen.

Probleme mit Namensschreibweise in Reisepass gelöst?

Eine Zwischenlösung konnte bei dem von Volksanwalt Mag. Stadler in der ORF-Sendung vom 11.3.2006 aufgezeigten Problem mit der unterschiedlichen Schreibweise eines Familiennamens im Reisepass – einmal wurde der Name (der tatsächlichen Schreibweise entsprechend) mit „ß“, ein anderes Mal mit „ss“ geschrieben, was im Ausland zu Problemen beim Grenzübertritt geführt hatte – erzielt werden. Rechtzeitig vor der Hauptreisezeit hat das Innenministerium nun veranlasst, dass in derartigen Fällen im Pass ein amtlicher Zusatzvermerk in Deutsch, Englisch und Französisch

angebracht werden kann, dass unterschiedliche Schreibweisen dieselbe Bedeutung haben. Damit sollten, so VA Mag. Stadler, auch bei übergenauen Passkontrollen im Ausland keine Schwierigkeiten mehr entstehen.

Kasernengelände in Linz bald staubfrei

Eine Lösung bahnt sich auch für die Anrainer eines Kasernengeländes in Linz-Ebelsberg an, die vor allem durch Lärm- und Staubemissionen des militärischen Lkw- und Panzerverkehrs massiv beeinträchtigt worden waren. Nachdem sich Volksanwalt Mag. Stadler im November 2004 des Falles angenommen hatte, wurden zunächst unbefestigte Sandhaufen abgedeckt. Zur endgültigen Lösung der Probleme genehmigte das Verteidigungsministerium nun die Asphaltierung des Kasernenparkplatzes. Sie sollte spätestens im Frühherbst dieses Jahres abgeschlossen sein.